



PROTOKOLLIERT VON
MARKUS ZÖTTLER

Banken an die kurze Leine?

Roland Mestel sagt, dass Finanzmärkte bereits jetzt sehr intensiv kontrolliert werden. Sollte eine neue Steuer kommen, muss sie international sein.

Investmentbanken, Hedge Fonds, Rating-Agenturen oder Kreditversicherungen – die ökonomischen „Unworte“ der letzten Jahre scheinen in der öffentlichen Wahrnehmung eines gemeinsam zu haben: Es fehlt an ausreichender Transparenz und staatlicher Kontrolle. Diese oberflächliche Diagnose greift jedoch viel zu kurz.

Vielmehr stimmt, dass kaum ein Wirtschaftssektor einer so umfangreichen staatlichen Beaufsichtigung und Kontrolle unterliegt wie der Finanzsektor. Basel 2, Basel 3 oder Solvency 2 stehen dabei als Exempel an der Spitze von vielen Regulierungsvorschriften.

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen aber, dass Regulierung sich häufig an Detailfragen aufhängt, wodurch der

ganzheitliche Blick verloren geht. Die Basel 2-Vorschriften sind hierfür ein Paradebeispiel: Während der Formulierung dieses Regelwerks enormer Aufwand (zeitlich, finanziell) vorausgegangen war, stellte sich nach dem Konkurs von Lehman Brothers heraus, dass die Regeln wenig praxisnah sind.

So flossen die aufgrund des Vertrauensverlustes der Marktteilnehmer schlagend gewordenen Risiken – der Liquiditätsengpass der Banken und in weiterer Folge die Stabilität des gesamten Finanzsektors – in die vorangegangenen Überlegungen der Aufsichtsbehörden kaum ein. Bildlich gesprochen: Solange die elementaren Verkehrsregeln nicht konsequent überwacht werden, macht es keinen Sinn, neue Verkehrsschilder aufzustellen. In einer globalisierten (Finanz-)Welt kann Regulierung nur im internationalen Kontext die vor ihr erwünschten Lenkungseffekte erzeugen. Nationale Alleingänge bewirken dabei lediglich ein Verschieben der Kapitalströme in andere Domizile, wo Aufsicht und die steuerliche Situation vorteilhafter sind. Die eigentliche Kernfrage im Spannungsfeld Finanzwirtschaft und Regulierung wird kaum diskutiert: Welche Bedeutung wollen wir dem Finanzsektor im Wirtschaftsleben des 21. Jahrhunderts zugestehen?

ROLAND MESTEL

Lehrt am Institut für Banken und Finanzierung an der Karl-Franzens-Universität die drei Ausbildungsschwerpunkte: Banking, Finance und Wertpapieranalyse. Schrieb ein Buch zu „Handelsvolumen auf Aktienmärkten“.

Dies verlangt ein Nachdenken darüber, welche Finanzdienstleistungen wir als essenziell für das Funktionieren des Wirtschaftskreislaufes erachten. Diese sollten einer besonderen Beaufsichtigung der öffentlichen Hand unterliegen und im Bedarfsfall öffentlich gestützt werden. Anders gestufte Geschäftstätigkeiten des Finanzsektors bedürfen eines Ordnungsrahmens, der eine Risikokultur fördert. Eine international gültige Finanztransaktionssteuer stellt eine meiner Einschätzung nach sinnvolle Maßnahme dar.

Wohin neigt sich die Waage? Zwei Experten werfen ihre Argumente zur Finanzkrise in unsere Waagschale. Im neuen Debattenforum der Uni-Kleinen geht's diesmal um das große Geld.

Klaus Kraemer sagt, dass bisherige Regeln viel zu schwach sind und Banken diese Spielregeln beliebig zu ihren Gunsten verändern.

Muss man Finanzmärkte staatlich regeln? Unbedingt. Die entscheidende Frage ist jedoch nicht, ob die Märkte reguliert werden sollen oder nicht. Die Frage ist, wie sie reguliert werden sollen. Bereits jetzt existieren auf den Märkten Regeln, viele sind aber wirkungslos. Einige Spielregeln stehen im Gesetz (Vertrags- und Wettbewerbsrecht, im Patent- oder Konsumentenrecht). Andere Spielregeln, zum Beispiel Fairnessregeln, werden stillschweigend beachtet. Wenn diese – offiziellen und informellen – Spielregeln von den Marktteilnehmern nicht beachtet werden, verlieren letztlich alle.

KLAUS KRAEMER

Lehrt am Institut für Soziologie an der Karl-Franzens-Universität. Hat sich in vielen Aufsätzen mit dem Wesen von Märkten beschäftigt. Dissertation: „Der Markt der Gesellschaft.“

Auf realen Märkten gibt es starke und schwache Marktteilnehmer. Starken Akteuren gelingt es, die Spielregeln zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Besonders starke Akteure auf den internationalen Finanzmärkten sind Investmentbanken und die damit verbundene Finanzindustrie. Ihnen ist es – erst in den USA, dann in Europa – seit den 1990er-Jahren gelungen, die Spielregeln so zu verändern, dass ihre Profitancen ins Unermessliche stiegen. Ein Beispiel: Die amerikanische Investmentbank Goldman Sachs hat an ihre führenden Banker im Geschäftsjahr 2010 so hohe Boni gezahlt, dass bei einer gleichmäßigen Verteilung auf die rund 33.000 Angestellten jeder von ihnen 420.000 US-Dollar erhalten hätte. Wir brauchen wieder Spielregeln, die nicht – auf Kosten der kleinen und mittleren Unternehmen, der Verbraucher, der privaten Sparer, der Steuerzahler und der Arbeitnehmer – einseitig die großen Finanzakteure übervorteilen.

Ist eine Finanztransaktionssteuer in dieser Sache ein Allheilmittel? Keine Steuer ist ein Allheilmittel. Aber die Finanztransaktionssteuer (FTS) ist überfällig. Man darf die Steuerpflicht aber nicht an den Ort der Geschäfte binden, sondern daran, ob an diesen Geschäften Europäer beteiligt sind. Die europäischen Steuerzahler haben mit gut 4.500 Milliarden Euro die Finanzwirtschaft gerettet. Seitdem fließen wieder die Spekulationsgewinne und die Boni im Finanzbusiness. Nun soll die Finanzindustrie wenigstens einen ganz kleinen Teil davon wieder zurückzahlen.

Und was machen die Banken und Hedgefonds? Sie drohen, ihre Geschäfte zu verlagern. Alle Bürger leisten einen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben, indem sie bei jeder wirtschaftlichen Tätigkeit Steuern zahlen. Warum soll der Finanzsektor davon ausgenommen werden? Bisher bezahlen Banken keine einzige Steuer auf ihre Geschäfte.

Die britische Regierung lehnt bislang jede FTS ab. Warum? In Großbritannien hat man in den letzten 30 Jahren tatenlos zugehört, wie eine wettbewerbsfähige Industrie ausblutete. Jetzt hat man nur noch die Finanzindustrie. Diese will man nun um jeden Preis protegieren.